

Kindergartenordnung

Aufgrund der § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit §§ 2,13 und 19 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Stadt Laufenburg (Baden) am 23.05.2022 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Kindertageseinrichtungen der Stadt Laufenburg (Baden)

- (1) Die Stadt Laufenburg (Baden) betreibt Kindertageseinrichtungen im Sinne des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KitaG) als öffentliche Einrichtungen.
- (2) Kindertageseinrichtungen (im Folgenden „Einrichtungen“ genannt) im Sinne dieser Satzung sind Kindergärten und Kinderkrippen.
- (3) Die Stadt Laufenburg (Baden) betreibt als Träger folgende Einrichtungen:
 - Kindergarten Rappenstein
 - Kindergarten Luttingen
 - Kindergarten Rheinschatz (Rhina)
 - Kindergarten Eulennest (Brunnenmatt)
 - Kindergarten Binzgen
 - Kindergarten Rotzel
 - Kinderkrippe Löwenburg
- (4) Die Einrichtungen bieten unterschiedliche Öffnungszeiten an. Die Betreuungszeiten für die einzelnen Einrichtungen werden vom Gemeinderat im Rahmen der Bedarfsplanung festgelegt.

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Einrichtungen haben die Aufgabe, die Erziehung der Kinder in der Familie zu ergänzen und zu unterstützen. Durch die Bildungs- und Erziehungsangebote sollen sie die geistige, körperliche und seelische Entwicklung des Kindes fördern.
- (2) Um den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Einrichtungen erfüllen zu können, orientieren sich die Mitarbeiter/Innen an den durch Aus- und Fortbildung vermittelten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Kleinkinderpsychologie und –pädagogik sowie an ihren Erfahrungen aus der praktischen Kindergartenarbeit. Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Kindergärten in Baden-Württemberg ist dabei Grundlage für die pädagogische Arbeit in den städtischen Einrichtungen.
- (3) Die Erziehung in den Einrichtungen soll auf die durch die Herkunft der Kinder bedingten unterschiedlichen sozialen, weltanschaulichen, religiösen und sprachlichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen.

§ 3 Aufnahme

- (1) Das Benutzungsverhältnis beginnt mit der Aufnahme des Kindes in die Einrichtung.
- (2) In Kindergärten werden Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt aufgenommen. In begründeten Einzelfällen können Kinder auch bereits im Alter von 2 Jahren und 9 Monaten aufgenommen werden, sofern ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit auch jüngere Kinder ab zwei Jahren in altersgemischten Gruppen zu betreuen, soweit geeignete Betreuungsplätze und das notwendige Fachpersonal zur Verfügung stehen.

In Kinderkrippen werden Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres aufgenommen. In begründeten Einzelfällen können Kinder auch über den 3. Geburtstag hinaus in der Kinderkrippe betreut werden.

Kinder, die vom Besuch der Grundschule zurückgestellt wurden, sollen, soweit möglich, eine Grundschulförderklasse besuchen. Um den Kindern den Übergang in das Schulleben zu erleichtern, ist es empfehlenswert, mit der zuständigen Grundschule zu kooperieren.

- (3) Bei der Vergabe von Plätzen für über 3-jährige Kinder in Ganztagesgruppen werden Kinder bevorzugt berücksichtigt, die bereits als unter 3-jährige eine städtische Einrichtung ganztags besucht haben.
- (4) Je nach Bedarf können im Rahmen der Ganztagesbetreuung einzelne Wochentage gebucht werden (mindestens zwei Tage). Eine Kombination der tageweisen Ganztagsbetreuung ist nur in Verbindung mit einer durchgängigen VÖ-Betreuung möglich. Eine Inanspruchnahme der Ganztagsbetreuung im Kindergarten ist erst mit Vollendung des 3. Lebensjahres möglich.
- (5) Die Platzvergabe erfolgt ohne weitere Voraussetzungen nach der Zahl der freien Plätze in der Reihenfolge des Alters der angemeldeten Kinder und unter Berücksichtigung der sozialen und familiären Verhältnisse der Familien, aus denen die Kinder kommen. Über die Aufnahme eines Kindes in die Einrichtung entscheidet im Rahmen dieser Aufnahmebestimmungen die Einrichtungsleitung, in Zweifelsfällen in Absprache mit dem Träger.
- (6) In die Einrichtungen können nur solche Kinder aufgenommen werden, für die eine ärztliche Bescheinigung vorgelegt wird, aus der sich ergibt, dass gegen den Besuch der Einrichtung keine medizinischen Bedenken bestehen.

Es wird empfohlen, von der nach § 26 des fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) vorgesehenen kostenlosen Vorsorgeuntersuchung für Kinder von den Versicherten Gebrauch zu machen. Maßgeblich für die Aufnahme ist, je nach Lebensalter des Kindes zum Zeitpunkt der Aufnahme, die letzte ärztliche Untersuchung. Die ärztliche Untersuchung darf nicht länger als zwölf Monate vor Aufnahme in die Einrichtung zurückliegen.

- (7) Die Aufnahme des Kindes erfolgt, wenn folgende Unterlagen vorliegen:

- Bescheinigung über die ärztliche Untersuchung
- Nachweis über Impfungen (insbesondere gesetzlich vorgeschriebene Impfungen) und Impfberatung
- Vollständig ausgefüllte Formulare des Aufnahmeheftes
- Erklärung des / der Erziehungsberechtigten
- Verpflichtende Erklärung zur Übernahme der festgesetzten monatlichen Benutzungsgebühr und in Einrichtungen mit Verpflegungsangebot der Verpflegungspauschale.

§ 4 Kündigung/Abmeldung

- (1) Das Benutzungsverhältnis endet durch Abmeldung des Kindes durch einen Sorgeberechtigten oder durch Widerruf der Zulassung (§ 5) des Kindes durch die Stadt Laufenburg (Baden).
- (2) Die Abmeldung muss schriftlich an die Stadt Laufenburg (Baden) erfolgen und ist nur mit Vierwochenfrist auf das Monatsende möglich. Kinder die eingeschult werden, scheiden zum Ende des Monats August aus. Eine Abmeldung ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Der Einrichtungsträger ist vom Schuleintritt jedoch rechtzeitig zu informieren.
- (3) In Kinderkrippen endet das Benutzungsverhältnis mit der Vollendung des 3. Lebensjahres.
- (4) Falls ein Betreuungsplatz in der Kinderkrippe vor der geplanten Aufnahme des Kindes doch nicht benötigt wird, ist eine schriftliche Kündigung durch den Sorgeberechtigten erforderlich.
Die Kündigung ist gegenüber dem Träger der Einrichtung unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten vor dem geplanten Aufnahmetermin des Kindes schriftlich einzureichen.
Bei nicht fristgerechter Kündigung wird eine Verwaltungsgebühr (s. Gebührensatzung) erhoben.
- (5) Die Stadt Laufenburg (Baden) kann in begründeten Einzelfällen von den Regelungen in den Absätzen 2 bis 4 Ausnahmen zulassen.

§ 5 Ausschluss/Widerruf der Zulassung

- (1) Der Einrichtungsträger kann das Benutzungsverhältnis aus wichtigem Grund beenden.
- (2) Wichtige Gründe sind insbesondere,
 - die Nichtbezahlung des nach § 8 zu entrichtenden Elternbeitrages für zwei aufeinander folgende Monate, trotz Mahnung durch den Träger
 - wenn ein Kind länger als vier Wochen (ohne Angabe von Gründen) unentschuldigt fehlt
 - die wiederholte Nichtbeachtung der in der Kindergartenordnung aufgeführten Elternpflichten.
 - wenn ein Kind sich nicht in die Ordnung der Betreuung einfügt und Verhaltensauffälligkeiten aufweist, die den Rahmen und die Möglichkeiten der pädagogischen Betreuung übersteigen und durch sein Verhalten sich oder andere erheblich gefährdet.
- (3) In diesen Fällen wird das Benutzungsverhältnis mit Vierwochenfrist schriftlich zum Monatsende aufgehoben.
- (4) Bei Wegzug eines Kindes aus dem Stadtgebiet Laufenburg (Baden) kann der Träger den Betreuungsvertrag kündigen. Aus pädagogischen Gründen kann der Verbleib in der Einrichtung bis maximal zum Ende des jeweiligen Kindergartenjahres (31. August) ermöglicht werden.

§ 6 Besuch der Einrichtungen - Öffnungszeiten -

- (1) Das Kindergartenjahr beginnt am 1. September und endet am 31. August des folgenden Jahres.
- (2) Im Interesse des Kindes und der Gruppe soll die Einrichtung regelmäßig besucht werden.
- (3) Fehlt ein Kind voraussichtlich länger als drei Tage, ist die Gruppen- oder Einrichtungsleitung zu benachrichtigen.
- (4) Die Einrichtungen sind regelmäßig (Montag bis Freitag), mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage, Ferien und der zusätzlichen Schließzeiten (§ 7 Abs. 2 - 4) geöffnet.
Änderungen der Öffnungszeiten bleiben nach Anhörung des Elternbeirates dem Träger vorbehalten.

- (5) Die Kinder dürfen wegen der Aufsichtspflicht nicht vor der Öffnung in der Einrichtung eintreffen. Die jeweiligen Bring- und Abholzeiten sind zu beachten und einzuhalten.

§ 7

Ferien und Schließung der Einrichtungen aus besonderem Anlass

- (1) Die Ferienzeiten und Schließungstage werden vom Einrichtungsträger jeweils für ein Jahr festgesetzt und rechtzeitig bekanntgegeben.
- (2) Muss die Einrichtung oder eine Gruppe aus besonderem Anlass (z.B. wegen Erkrankung oder dienstlicher Verhinderung) geschlossen bleiben, werden die Eltern bzw. Sorgeberechtigten hiervon so früh wie möglich unterrichtet.
- (3) Der Träger der Einrichtungen ist bemüht, eine über die Dauer von drei Tagen hinausgehende Schließung der Einrichtung oder einer Gruppe zu vermeiden. Dies gilt nicht, wenn die Einrichtung zur Vermeidung der Übertragung ansteckender Krankheiten geschlossen werden muss.
- (4) Die erzieherisch tätigen Mitarbeiter/innen sind zur beruflichen Fortbildung angehalten. Kann bei Fortbildungsveranstaltungen keine Vertretung geregelt werden, wird die Einrichtung, bzw. einzelne Gruppen ausnahmsweise geschlossen.
Auch an besonderen Veranstaltungen oder Festen in der Gemeinde kann die Einrichtung ganz- oder halbtags geschlossen bleiben. Ebenso können ein Fachkräftemangel oder betriebliche Mängel Anlass für zusätzliche Schließungstage einzelner Gruppen oder der gesamten Einrichtungen sein. Die Eltern werden über Zeitpunkt und Dauer frühzeitig informiert.
Im Sinne einer umfangreichen Betreuung wird sich der Träger bemühen, die Zahl der Schließstage möglichst gering zu halten.

§ 8

Einrichtungsgebühren / Elternbeitrag

- (1) Für den Besuch der Einrichtung erhebt der Einrichtungsträger von den Sorgeberechtigten eine Benutzungsgebühr.
- (2) Die Gebühren für den Besuch der Einrichtung werden nach Maßgabe der geltenden Gebührensatzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Städtischen Kindertageseinrichtungen erhoben und sind von Beginn des Monats an zu entrichten, in dem das Kind in die Einrichtung aufgenommen wurde.
Aus Vereinfachungsgründen ist die Erteilung einer schriftlichen Einzugsermächtigung an den Träger bei Anmeldung des Kindes sinnvoll. Der Beitrag wird im Lastschriftverfahren von der Stadt Laufenburg (Baden) eingezogen.
- (3) Die Höhe der Elternbeiträge wird nach Anhörung des Elternbeirats durch den Gemeinderat festgesetzt.
- (4) Eine Änderung der Benutzungsgebühren bleibt vorbehalten.
- (5) Die aktuelle Gebührenordnung kann in den Einrichtungen und auf der Homepage der Stadt Laufenburg (Baden) eingesehen werden.

§ 9

Versicherung

- (1) Die Kinder sind nach § 2 Abs. 1 Nr. 8a des Siebten Sozialgesetzbuches (SGB VII) gesetzlich gegen Unfall versichert:
 - auf dem direkten Weg zur und von der Einrichtung,
 - während des Aufenthaltes in der Einrichtung,
 - während aller Veranstaltungen der Einrichtung außerhalb des Geländes der Einrichtung (Spaziergang, Feste und dergleichen)
- (2) Alle Unfälle, die auf dem Weg zum oder von der Einrichtung eintreten, müssen der Einrichtungsleitung unverzüglich gemeldet werden.
- (3) Für den Verlust, die Beschädigung und die Verwechslung der Garderobe und anderen persönlichen Gegenständen des Kindes (z.B. Spielsachen) wird keine Haftung übernommen. Es wird daher empfohlen, diese Gegenstände mit dem Namen des Kindes zu kennzeichnen.
- (4) Für im Bereich der Einrichtung abgestellte bewegliche Sachen (Fahrräder, Roller, Kinderwagen etc.) wird keine Haftung übernommen.
- (5) Für Schäden, die ein Kind einem Dritten zufügt, haften unter Umständen die Erziehungsberechtigten. Es wird daher empfohlen, eine private Haftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 10

Regelung in Krankheitsfällen

- (1) Bei Erkältungskrankheiten, Auftreten von Hautausschlägen, Halsschmerzen, Erbrechen, Durchfall, Fieber oder Parasitenbefall (Kopfläuse, Krätzmilben, etc.) sind die Kinder bis zur vollständigen Genesung zu Hause zu behalten. Dies gilt nicht bei leichten und für andere Kinder ungefährlichen Erkrankungen (z.B. leichte Erkältungskrankheiten) sowie bei chronischen Erkrankungen, die dem Besuch der Einrichtung nicht entgegenstehen (z.B. Allergien). Im Zweifelsfall ist die Einrichtungsleitung berechtigt, das Kind bis zur ärztlichen Untersuchung und Klärung der Erkrankung vorläufig nach Hause zu schicken bzw. eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung zu verlangen.
- (2) Bei Erkrankung des Kindes oder eines Haushaltsangehörigen an einer Krankheit mit Ansteckungsrisiko für andere Kinder (z.B. Coronavirus/Covid-19, Diphtherie, Masern, Röteln, Scharlach, Windpocken, Keuchhusten, Mumps/Ziegenpeter, Tuberkulose, Kinderlähmung, übertragbare Darmerkrankung, Gelbsucht, übertragbare Augen- oder Hautkrankheiten) muss die Einrichtungsleitung sofort informiert werden, spätestens an dem der Erkrankung folgenden Werktag. Das gleiche gilt bei Befall von Kopfläusen. Bei Verdacht oder Ausbruch einer dieser Krankheiten ist der Besuch der Einrichtung ausgeschlossen.
- (3) Bevor ein Kind nach Auftreten einer ansteckenden Krankheit, auch in der Familie, die Einrichtung wieder besucht, ist eine ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung vorzulegen.
- (4) Trifft das Gesundheitsamt zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten Anordnungen, sind diesen Folge zu leisten.

§ 11

Aufsicht

- (1) Während der Öffnungszeiten der Einrichtungen sind grundsätzlich die pädagogisch tätigen Mitarbeiter/Innen für die dort anwesenden Kinder verantwortlich. Kinder, die sich vor oder nach den Betreuungszeiten auf dem Einrichtungsgrundstück befinden, unterstehen nicht der Aufsichtspflicht des Einrichtungspersonals.

- (2) Die Aufsichtspflicht des Personals beginnt mit der Übernahme des Kindes durch das pädagogische Personal in den Räumen der Einrichtung und endet mit dem Eintreffen der/des Erziehungsberechtigten oder deren beauftragten Person. Wer beauftragte Person ist, muss durch den/die Erziehungsberechtigte/n ausdrücklich erklärt werden.
- (3) Für den Weg zur Einrichtung sowie für den Heimweg sind allein die Erziehungsberechtigten verantwortlich.
- (4) Ein Kind darf den Heimweg von der Einrichtung ohne Begleitung eines Erwachsenen nur dann antreten, wenn das Kind hierzu in der Lage ist und der Einrichtungsleitung eine schriftliche Erklärung übergeben wurde, in der das pädagogische Personal sowie der Träger von jeglichen Haftungs- und Regressansprüchen freigestellt wird. Die Aufsichtspflicht endet in diesem Fall, sobald das Kind das Einrichtungsgrundstück verlässt.
- (5) Bei gemeinsamen Veranstaltungen (z.B. Feste, Ausflüge) sind die Personensorgeberechtigten aufsichtspflichtig, sofern vorher keine andere Absprache über die Wahrnehmung der Aufsicht getroffen wurde.

§ 12

Elternbeirat/Zusammenarbeit mit Eltern

In jeder Einrichtung wird ein Elternbeirat gebildet. Der Elternbeirat wird jährlich nach Beginn des Kindergartenjahres von den Erziehungsberechtigten der in der Einrichtung betreuten Kinder gewählt. Eltern sind zum Wohle des Kindes zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Einrichtung verpflichtet. Im Einzelnen gelten die Richtlinien des Arbeits- und Sozialministeriums Baden-Württemberg über die Bildung und Aufgaben der Elternbeiräte nach § 5 des Kindertagesbetreuungsgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

§ 13

Verbindlichkeit

Diese Kindergartenordnung wird den Eltern/Erziehungsberechtigten bei der Anmeldung ausgehändigt und durch Unterschrift auf dem Anmeldebogen als verbindlich anerkannt.

§ 14
Datenschutz

Zur Aufnahme der Kinder in eine Kindertageseinrichtung ist die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten erforderlich. Eine entsprechende Erklärung ist im Aufnahmeheft enthalten und durch Unterschrift anzuerkennen.

§ 15
Inkrafttreten

Die Kindergartenordnung tritt zum 01.09.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kindergartenordnung vom 1.09.2020 außer Kraft.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Stadt Laufenburg (Baden) geltend gemacht worden ist.

Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

Laufenburg (Baden), den 23.05.2022

Der Gemeinderat

Ulrich Krieger
Bürgermeister

Ausgefertigt nach Beschlussfassung und veröffentlicht im Mitteilungsblatt Nr.22 vom 03.06.2022.

Laufenburg (Baden), den 03.06.2022

Ulrich Krieger
Bürgermeister